



Liebe Leserin, lieber Leser,

Sie halten die mittlerweile achte Ausgabe von XtraGrün der Kasseler Rathausfraktion von Bündnis 90/Die Grünen in Ihren Händen. Wir hoffen, dass diese Zeitung für Sie wieder eine informative und vergnügliche Lektüre zu aktuellen Themen der Stadtpolitik bietet. Wir Grünen haben diese Zeitung gestartet, weil wir regelmäßig Rechenschaft über unsere Arbeit im Rathaus geben wollen und den Dialog mit den BürgerInnen suchen, kontinuierlich und nicht nur in Wahlkampfzeiten. Diese Tradition setzen wir hiermit fort. Und wir machen diese Zeitung, weil für uns Grüne eines ganz wichtig ist: Eine gute Politik muss von vielen Menschen getragen werden und dafür braucht es gute und regelmäßige Informationen.

Nehmen Sie uns beim Wort und sagen Sie uns Ihre Meinung. Anregungen und Kritik sind herzlich willkommen. Ich wünsche Ihnen viel Spaß mit der achten Ausgabe von XtraGrün.

Karin Müller, Fraktionsvorsitzende



Fraktion im Rathaus Kassel

www.gruene-fraktion-kassel.de



Die neue Fraktion ist seit einem Jahr im Amt und unermüdlich im Einsatz für die grüne Sache.

Dass GRÜN wirkt macht sich an vielen Stellen in der Stadtpolitik bemerkbar. Vor fünf Jahren haben die GRÜNEN versucht die Regionalreform voranzubringen, jetzt sind auch die Genossen soweit.

Doch die Regionalreform wird nur funktionieren, wenn sie parteiübergreifend, aber vor allem von den Bürgerinnen und Bürgern in der Stadt und im Landkreis getragen wird. Deswegen muss für uns am Ende der Überlegungen ein Volksentscheid stehen und deutlich werden, was die Bürgerinnen und Bürger von einer Regionalreform haben. Ein konkretes und wichtiges Beispiel ist die Wahl des Kindergartenplatzes, unabhängig vom Wohnort. Es kann nicht sein, dass Menschen nicht arbeiten gehen können, nur weil ihr Wohnort nicht ihr Arbeitsort ist, und die Kommunen nicht bereit sind, gegenseitig die Betriebskosten zu übernehmen. Ein weiterer wichtiger Punkt, der mit der Regionalreform vorangebracht werden muss, ist für uns die gemeinsame Vermarktung von Flächen. Ohne dieses Thema haben wir immer wieder Diskussionen wie beim Langen Feld. Wir GRÜNEN haben hierzu eine klare, aber differenzierte Position und wir hätten uns gewünscht, dass wir hierbei Unterstützung von anderen großen Fraktionen bekommen hätten. Aber wenn die Eurozeichen blinken, wird nicht weiter nachgedacht.

GRÜN WIRKT

GRÜN wirkt auch bei der Betreuung der Unterdreijährigen und den Qualitätsverbesserungen. Ohne uns hätte es in diesem Jahr keine Verbesserung gegeben, jetzt wo das Thema in aller Munde ist, sind alle froh, dass Kassel bereits in diesem Jahr weitere 80 Plätze für Unterdreijährige zur Verfügung stellt.

Alle reden vom Klima, wir tun was. Angestoßen von uns, gemeinsam mit der SPD auf den Weg gebracht, haben wir einstimmig im Stadtparlament beschlossen, die vorhandenen Radrouten bis 2010 fertig zu stellen.

Auch wenn manches dauert, sind die GRÜNEN doch immer wieder ein Motor, um Kassel lebens- und lebenswerter zu machen. Die wechselnden Mehrheiten machen dies für uns im Moment nicht leicht. Das Spiel funktioniert nur, wenn alle mitspielen. Im Moment verabschiedet sich die CDU gerade von ihrem Gestaltungsanspruch. Wir werden aber auch keine Mehrheitsbeschaffer für die SPD sein. Wir GRÜNEN orientieren uns an den Inhalten, ohne feste Verabredungen gibt es auch keine Kompromisse. Das wird der Stadt auf Dauer schaden, denn es fehlt das gemeinsame Leitbild für eine Stadt 2030. Gerade vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung wäre es wichtig, Ziele zu verabreden. Jetzt passiert das nur projekthaft, ohne wirkliche Visionen zu entwickeln.

Wir GRÜNEN wirken weiter und hoffen auf ihre Unterstützung. Denn nur, wenn Politik, Wirtschaft und Bürgerinnen und Bürger zusammenwirken, kann die Stadt zukunftsfähig gestaltet werden.

Karin Müller

Kassel geht baden ...

... in sanierten Hallen- und Freibädern!

Seit Anfang des Jahres diskutieren viele Menschen in Kassel die Zukunft der Bäder. Die grüne Fraktion hat mit vielen Bürgerinnen und Bürgern gesprochen und viele Unterschriften für den Erhalt aller bestehenden Hallen- und Freibäder gesammelt. Die Diskussion ist in vollem Gange, noch dieses Jahr soll eine Entscheidung gefällt werden.

Zur Auswahl stehen

Variante 1: Die Städtischen Werke haben in ihrem Bädergutachten einen Vorschlag für ein Schwimmsportzentrum statt der bestehenden Hallenbäder und des Auebades erarbeitet. Kosten: 26,5 Mio. €, allerdings ohne die Kosten für den Standort.

Variante 2: Sanierung der bestehenden drei Hallen- und drei Freibäder. Kosten: ca. 18,5 Mio. €.

Variante 3: Schließung des Auebades und Sanierung der restlichen Bäder. Kosten: ca. 14 Mio. €

Bislang gibt es keinen geeigneten Standort für ein mögliches Schwimmsportzentrum. Die Kosten hierfür sind für eine Bewertung jedoch ausschlaggebend. Wenn die Stadt Kassel wirklich ein Schwimmsportzentrum bauen will, dann muss sie zunächst diese Frage geklärt haben. In so fern fehlen für die Variante 1 auch nach einem halben Jahr die notwendigen Informationen für die Fraktionen und die Bevölkerung. Für Sportvereine ist ein neues Bad mit 50 m-Bahn sicherlich attraktiv. Für den Schulschwimmsport und die treuen NutzerInnen der bisherigen Bäder würde ein zentraler Standort jedoch weite Wege bedeuten und es ist kaum vorstellbar, wie 4-5 Schulen gleichzeitig das Bad nutzen sollen.

Die Variante 3 ist für uns nicht diskussionswürdig. Das bestehende Angebot an Schwimmbädern muss bleiben. Schwimmbäder gehören zur sozialen und gesundheitspolitischen Infrastruktur einer Stadt. Für ältere Menschen ist Schwimmen die wichtigste Sportart zur Erhaltung der Gesundheit und für jüngere Menschen ist das

Schwimmbad ein wichtiger Spiel- und Freizeitor. Gerade vor dem Hintergrund der Investitionen in Einrichtungen für den Spitzensport fehlt uns für einen Sparzwang bei der Sanierung öffentlicher Bäder das Verständnis. Eine Schließung einzelner Bäder halten wir GRÜNEN nicht für sinnvoll. Kassel braucht alle bestehenden Hallenbäder für den Schul- und Vereinsschwimmsport und ein gutes dezentrales Angebot an Schwimmbädern in den Stadtteilen. Eine Schließung des Auebades würde bedeuten, dass in den Sommermonaten im Osten, Süden und Norden der Stadt kein Freibad mehr bestehen würde. Das darf aus grüner Sicht nicht passieren. Deshalb steht für uns fest: Sanierung aller Bäder!

Gernot Rönz



Beteiligen auch Sie sich an der Diskussion um die Bäder und senden Sie uns Ihre Meinung an: info@gruene-kassel.de. Weitere Informationen zur Bäderdiskussion erhalten Sie auf www.gruene-fraktion-kassel.de

Alle Bäume unter Schutz Verwaltungsgerichtshof gibt grünes Licht

Mit dem Schutz von Natur und Landschaft hat die hessische Landesregierung nichts am Hut, im Gegenteil: Rückbau des Umweltschutzes ist Roland Kochs Devise, so zum Beispiel mit dem Versuch, alle bisherigen Satzungen, die flächendeckenden Baumschutz festgeschrieben hatten, für nicht mehr zulässig zu erklären.

Einige hessische Städte, wie Frankfurt und Darmstadt, stellten sofort fest, dass das Gesetz in diesem Punkt löchrig wie Schweizer Käse ist. Sie verabschiedeten zwar eine neue Satzung, die sich dem Inhalt nach aber von der alten nicht unterschied und nach wie vor alle Bäume ab einer bestimmten Größe unter Schutz stellte.

In Kassel hat sich der Magistrat das nicht getraut. Er schlug vor, ungefähr die Hälfte aller Kasseler Bäume unter Schutz zu stellen und behauptete, so wie in Frankfurt könne man nicht gesetzeskonform handeln. Das Stadtparlament sah die Sache allerdings anders und beauftragte im Sommer 2005 mit der Mehrheit von SPD und GRÜNEN den Magistrat, er solle wie Frankfurt verfahren. Der Magistrat weigerte sich und wandte sich damit gegen das klare Votum des höchsten Organs der Stadt. Eine Entscheidung, die politisch äußerst

fragwürdig ist – und folgenschwer, denn die verzagte Haltung hat seither zum unwiderrufflichen Verlust vieler großer Bäume geführt.

Der hessische Verwaltungsgerichtshof hat jetzt in der letzten Instanz entschieden, dass Frankfurt im Recht ist. Für Kassel heißt das: der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung von 2005 kann umgesetzt werden. Und zwar sofort. Und ohne, dass noch einmal der gesammelte Verwaltungsentwurf durch alle Ortsbeiräte ziehen muss. Im Klartext heißt das: Alle Bäume werden wieder unter Schutz gestellt, wenn die Stadtverordnetenversammlung dies erneut beschließt.

Und die Moral von der Geschicht'? Die CDU-Mehrheit im Landtag beschließt ein Gesetz, das nicht funktioniert; die Verwaltungen vieler hessischer Kommunen sind lange, kostspielig und unsinnig beschäftigt; zahlreiche wertvolle alte Bäume sind für immer beseitigt. Und am Ende gilt das, was vorher schon galt: wieder eine flächendeckende Baumschutzsatzung.

Leben wir in Schilda? Nein: in Hessen!

Helga Weber

Langes Feld ... 2



Der steinige Weg zur Bürgerkommune Eine Zwischenbilanz ... 2



Altmarkt und Karls hospital ... 3

Weichen für die Zukunft ... 3



Ein Leitbild für die Innenstadt ... 3

Umwelttechnik: Kassel in die Champions-League ... 4

Grundschulkinder brauchen Hortplätze ... 4



Dynamo Windrad „Waren das wirklich alles ... 4

Langes Feld

Was machen, wenn der Großinvestor kommt?

Kassels Kämmerer und der Oberbürgermeister läuten die Sturmglöcke: Die Stadt sei nur zu retten, wenn sie weitere große Gewerbeflächen ausweise. Die restlichen vorhandenen Flächen reichten nicht, alte Brachflächen ließen sich nicht vermarkten. Man weiß bis heute aber nicht, wen man eigentlich mit dem Gewerbegebiet Langes Feld anlocken will - BMW hat ja bekanntlich abgewunken. Man weiß auch nicht, wie viel die Erschließung des Langes Feldes kosten wird und wer dies finanzieren soll. Man weiß zudem nicht, wie man die Folgen einer Qualitätsverschlechterung der Luft für das Kasseler Becken ausgleichen könnte. Deshalb treten wir Grünen auch konsequent gegen Schnellschüsse in Sachen Langes Feld ein.

Die Menschen in Kassel haben bereits jetzt mit Gesundheitsgefahren zu kämpfen, Feinstaub, Lärm,

Inversionswetterlage, zu geringe Durchlüftung des Kasseler Beckens. Zunehmende Verkehrsströme verschlechtern die Situation der Bürgerinnen und Bürger in Nieder- und Oberwehren; eine Bebauung des Langes Feldes ohne effektiven Ausgleich an anderer Stelle verstopft die Belüftung der Süd- und der Innenstadt.

Wir Grünen setzen uns einerseits für einen gemeinsamen Gewerbeflächenpool mit den Gemeinden in der Region Kassel und eine gemeinsame Vermarktung ein, um dem Kannibalisierungswettbewerb ein Ende zu setzen. Das ist eine der wichtigsten Aufgaben der Regionalreform, für die wir uns stark machen. Wer für eine gemeinsame Region ist, darf nicht mehr die Nachbargemeinde mit einem Tritt in die Kniekehle ausbremsen. Das zweite wichtige Thema ist das Brachflächenre-

cycling. Gebrauchte Flächen gibt es in Kassel zu Hauf; derzeit werden aber für neue Gewerbebetriebe neue Flächen entwickelt – als ob es diese unbegrenzt gäbe. Dies ist nämlich billiger. Das muss dringend geändert werden! Das Recycling von gebrauchten Flächen ist für die EU, den Bund und das Land eine der vordringlichsten Aufgaben. Andere Bundesländer haben hier bereits entsprechende Förderprogramme.

Was aber tun, wenn der auf alle Bedingungen von Bebauungsvorschriften eingehende Investor mit zukunftsorientierter Produktion und vielen Arbeitsplätzen doch plötzlich käme, der eine große Fläche haben will? Die großen Flächen in Kassel, die es gibt, sind nach Auskunft des Kämmerers für Kasseler Betriebe vorgehalten. Und im Zweckverbandsgebiet stehen nach unseren Informationen

auch keine geeigneten Flächen für einen solchen Großinvestor zur Verfügung. Die Gewerbesteuerlanden dann vielleicht in Niedersachsen und nicht in Kassel, so der Kämmerer.

Sollte dieser Fall eintreten, wollen wir GRÜNEN uns nicht vor der Verantwortung für eine wohl überlegte Entscheidung drücken. Wir wollen daher genau wissen, ob die gesundheitlichen, klimatischen und ökologischen Folgen für die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger ausgeglichen werden können und es denkbar wäre, gewaltige Eingriffe wie eine Bebauung des Langes Feldes zu planen, weil der Region sonst Arbeitsplätze verloren gingen.

Helga Weber und Dieter Beig

Neu in der Fraktion

Dr. Martina van den Hövel

Neu in dieser Fraktion, aber nicht neu in der parlamentarischen Arbeit: Von 1996 bis 2001 habe ich schon einmal die Themen Jugend, Schule und Gleichstellung im Rahmen der Fraktionsarbeit für die Grünen vertreten. Nach einer beruflich bedingten Abwesenheit aus Kassel bin ich seit September 2006 wieder in der Fraktion und zuständig für die Themen bzw. Ausschüsse „Schule, Jugend, Bildung“ und den „Jugendhilfeausschuss“.



Mein Wiedereinstieg in die kommunale parlamentarische Arbeit ist natürlich nicht nur eine Fortsetzung bereits gemachter Erfahrungen: Neue politische Rahmenbedingungen sowie andere Möglichkeiten in den Bereichen Schule und Elementarbildung fordern neue Positionierungen. Die Schwerpunkte meiner Arbeit liegen auf der engen Vernetzung von Bildung und Erziehung. Im Elementarbereich bewegt sich derzeit erfreulich viel. Im Rahmen der beruflichen Ausbildung und bei den Angeboten für Jugendliche gibt es einiges auf den Weg zu bringen.

Ich bin 55 Jahre alt, verheiratet, habe eine 24-jährige Tochter und lebe seit 15 Jahren in Wilhelmshöhe. Kassel ist mir seit Beginn meiner Schulzeit am Hessenkolleg vertraut: Ich habe hier, nach dem Abitur auf dem zweiten Bildungsweg, studiert und promoviert. Meine beruflichen Stationen: Forschungs- und Lehrtätigkeiten an der

Universität, Geschäftsführerin im Rahmen der Jugendverbandsarbeit, Lehr- und Leitungstätigkeiten in Beruflichen Schulen. Unterschiedliche ehrenamtliche Tätigkeiten gehören zu meiner politischen Sozialisation. Hierzu zählt die Arbeit im Schullehrerbeirat und in der Mädchenarbeit. Mitglied der GRÜNEN bin ich seit 1995.

Der steinige Weg zur Bürgerkommune



Eine kleine Zwischenbilanz zum Bestreben, Stadtbewohner an relevanten Entscheidungen teilhaben zu lassen.

Mit unserem Kommunalwahlprogramm 2006 haben wir GRÜNEN uns verpflichtet, unsere politische Arbeit unter das Leitbild Bürgerkommune zu stellen. Dieses beinhaltet einerseits eine umfassende politische Teilhabe der Stadtbewohner, also ihre Beteiligung und Mitwirkung bei stadtentwicklungsrelevanten Entscheidungen. Ein weiteres Kennzeichen ist die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Konkret sind diese Ansprüche im Vorfeld von Projekten und Planungen zu prüfen. Große Erwartungshaltungen also! Wo stehen wir mit diesem Vorhaben? Um das Ergebnis vorweg zu nehmen: Wir teilen die Einschätzung der Unparteiischen, Prof. Gisela Jakob von der Hochschule Darmstadt, die in ihrem Forschungsergebnis zur „lokalen Engagementförderung in hessischen Kommunen“ für Kassel konstatierte: „Vielfältige Aktivitäten und ein vorsichtiger Trend zu einer gesamtstädtischen Strategie“.

Nach dem verpatzten Einstieg 2006 – ausgelöst durch den Übereifer des Oberbürgermeisters – hätte der Jahresbeginn 2007 ein neuer Start für 2008 werden können, um BürgerInnen an der Haushaltsaufstellung der Stadt zu beteiligen. Alle Versuche, den Kämmerer Dr. Jürgen Barthel von der Sinnhaftigkeit eines offenen Verfahrens zu überzeugen, scheiterten jedoch. Nachdem auch die SPD-Fraktion hinter ihr erstes Konzept zurückfiel, sie auf die Linie des Kämmerers einschwenkte und der Oberbürgermeister sich bedeckt hielt, war das Aus für einen wirklichen Einstieg in einen Bürgerhaushalt für Kassel unvermeidbar.

Beispiele

Die Beteiligung an der Neuordnung der Kasseler Museumslandschaft und die Aufstellung eines „Zu-

kunftsprogramms Kassel 2020“ sind zwei Beispiele dafür, wie eingeleitete öffentliche Diskussionen in Expertengespräche und Verwaltungsdiskussionen abrutschen.

Beschwerden der Ortsbeiräte über mangelnde Information, fehlende Einbindung bei Planungen und Bauvorhaben gehören in Kassel zum politischen Alltag. Beispielhaft stehen die Planungen für das Lange Feld und das Bauvorhaben der Firma ATU in Wehlheiden. Deshalb haben wir die Verwaltung aufgefordert, ein Konzept zur Stärkung der Kompetenzen der Ortsbeiräte vorzulegen.

Großen Anklang finden indessen die Beteiligungsprojekte für Kinder und Jugendliche zur Verbesserung ihres Wohnumfeldes. Diese werden als erfolgreich und nachhaltig motivierend bewertet.

Wir GRÜNEN bleiben bei unserer Überzeugung, dass Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement der Stadt in Gänze zugute kommen. Eine lebendige Bürgerkommune fördert das soziale Miteinander, schafft Akzeptanz von Entscheidungen und stärkt unsere Demokratie. Wir werden uns weiterhin für mehr Transparenz im Verwaltungshandeln einsetzen und um verbesserte Rahmenbedingungen für die Übernahme von Verantwortung durch die Bewohner engagieren.



Roswitha Rüschenndorf, Umweltpolitische Sprecherin der Fraktion im Rathaus

Roswitha Rüschenndorf

Ihre GRÜNEN AnsprechpartnerInnen in der Nachbarschaft

Mitte: Gertrud Hahner, Tel.: 7 39 63 62 • Ina Rudolph-Lösel, Tel.: 77 76 46

Süd: Kerstin Saric, Tel.: 2 77 29 • Roland Schäfer, Tel.: 2 57 89

• Antje-Marie Seiffert, Tel.: 28 55 74

West: Britta Best, Tel.: 5 21 45 45 • Anne Höhmann, Tel.: 3 16 86 70

Dr. Hans-Helmut Nolte, Tel.: 1 88 33 • Willi Schaumann, Tel.: 77 59 32

Wehlheiden: Dr. Marianne Hornung-Grove, Tel.: 2 18 63 • Klaus Hansmann, Tel.: 28 29 96

Dr. Jürgen Sojka, Tel.: 77 74 53

Wilhelmshöhe: Johanna Bornhütter, Tel.: 31 51 83 • Dorothea Fischer, Tel.: 31 64 55

Brasselsberg: Johannes Vereijken, Tel.: 8 82 03 68

Süsterfeld / Helleböhn: Wilfried Bonnet, Tel.: 3 22 77 • Dr. Ursula Arndt-Ladleif, Tel.: 3 29 53

Harleshausen: Sabine Stern, Tel.: 9 88 00 58 • Helga Weber, Tel.: 6 28 19

Kirchditmold: Dr. Hermann Flux, Tel.: 6 74 77 • Ruth Fürsch, Tel.: 8 82 00 17

Elisabeth König, Tel.: 6 86 39 • Eckhardt Wagner, Tel.: 6 62 81

Nord / Holland: Medard Flinner, Tel.: 89 18 39 • Christian Karden, Tel.: 7 66 78 21

Steffen Müller

Fasanenhof: Gerhard Kähler, Tel.: 8 70 01 72

Wesertor: Armin Schreier, Tel.: 8 70 04 43 • Annli Lattrich, Tel.: 87 42 27

Wolfsanger: Christof Nolda, Tel.: 87 47 00

Bürgerliste Bettenhausen: Alfons Fleer, Tel.: 57 18 57

Forstfeld: Hans-Peter Faber 5 10 13 71

Waldau: Sven Graf (kein OBR), Tel.: 5 95 44

Niederwehren: Theo Butz

Bürger für Oberwehren: Friedhelm Weißbäcker, Tel.: 4 35 20 • Klaus Gnau, Tel.: 9 41 69 47

Nordshausen: Karl-Heinz Großkurth, Tel.: 40 36 20

Jungfernkopf: Dorothee Köpp, Tel.: 9 88 58 80

Unterneustadt: Joachim Schleißing (Ortsvorsteher), Tel.: 57 66 61 • Christine Götzfried

Andreas Süßenguth, Tel.: 9532205

Weichen für die Zukunft Schule & Ausbildung: Junge Menschen brauchen mehr Unterstützung

Wir GRÜNEN treten für eine bessere individuelle Förderung jedes Schülers und jeder Schülerin ein. Denn der Eintritt in das Berufsleben ist ein großer Schritt für junge Menschen und ist mit vielen Erwartungen verbunden. Hier werden wichtige Weichen für die Zukunft gestellt.

Die Schulen brauchen langfristige Lösungen und vernünftige Ganztagschulkonzepte, alles andere ist Flickwerk. Die Berufsorientierung könnte dann früher erfolgen und stärker in den Unterricht eingebunden werden. Zurzeit sollen Lehrerinnen und Lehrer alles gleichzeitig sein: Gute Pädagogen, Berufsberater, Sozialarbeiter und Fallmanager. Daneben sollen sie dazu beitragen, dass sich die Schule profiliert. Das ist eine Überforderung, die am Ende zu Lasten der einzelnen Jugendlichen geht. Wenn hingegen verschiedene Professionen in den Schulalltag eingebunden werden können, hätte dies den Vorteil, dass Schule der Lebenswirklichkeit junger Menschen

entgegenkommen würde. Schülerinnen und Schüler könnten dann wirklich individuell beraten und begleitet werden.

Ganztagschulkonzepte wie das der Offenen Schule Waldau kommen zu beeindruckenden Ergebnissen. Hier hat der Paradigmenwechsel zur ganztägig arbeitenden Schule mit verschiedenen Professionen stattgefunden. Die Kommune ist gefordert, ihren Beitrag zu einer Verbindung zwischen Jugendarbeit, Ganztagschule und dem Start in den Beruf zu leisten. Die Offene Schule Waldau, aber auch die Reformschule und die Freie Schule verfügen über pädagogische Konzepte, welche bisher noch nicht auf andere Schulen übertragen wurden. Eine breite Umsetzung dieser Ansätze könnte nur auf Landesebene angedrückt werden. Im Moment bekommt man aber den Eindruck, dass die verfehlte Schulpolitik des Landes auf dem Rücken der Kommunen ausgetragen wird.

Anja Lipschik



Stadtgeschichte ade?

Blick auf Fundamente und verfüllte Keller Schlagd 2 (Gasthaus zum Goldenen Engel), unter der Fläche vorne rechts befinden sich zum Zeitpunkt der Aufnahme noch die Reste des Hauses Altmarkt 2; diese gesamte Fläche wird später ohne archäologische Untersuchung abgetragen. Foto: Christian Presche.

Altmarkt und Karlsruhospital

Zwei Bauprojekte erregen die Gemüter

Schon lange nicht mehr haben Bauvorhaben die Bewohnerinnen und Bewohner dieser Stadt so emotional angesprochen wie die Bauprojekte am Altmarkt bzw. an der Schlagd. Da stehen zum einen die Planungen der Neunutzung des Karlsruhospitals in der öffentlichen Kritik. Als eines der wenigen erhaltenen barocken Gebäude soll dieses durch Überbauung seine Authentizität verlieren. Zum anderen mischten sich neben der Begeisterung für die Ausgrabungsfunde auf dem Gelände des neuen Finanzzentrums kritische Fragen. Als unzureichend werden insbesondere die angesetzte Grabungsintensität und -zeit bewertet.

Die Fraktion der GRÜNEN hat von Beginn an die beiden Projekte durch Anfragen und Anträge begleitet. Wir meinen, dass Nutzungsoptimierung und Rentabilität nicht im Widerspruch zu den denkmalpflegerischen Anforderungen stehen müssen. Auch gibt es eine hohe kulturpolitische Verantwortlichkeit und soziale Verpflichtung im Umgang mit den noch vorhandenen Zeugnissen der Stadtgeschichte, gerade auch gegenüber der älteren Generation.

Wir haben uns mit Dipl. Ing. Christian Presche, Vorstandsmitglied im Verein für Hessische Geschichte und Landeskunde, unterhalten. Christian Presche hat beide Projekte von Beginn an fachkundig verfolgt.

Herr Presche, worin liegt der besondere Wert der Ihnen bekannten Ausgrabungsfunde?

Die Funde sind die einzigen Quellen zur frühen

Siedlungsentwicklung zwischen Altmarkt und Fuldaer. Jetzt weiß man, dass über Fulda und Ahna eine kleine Anhöhe lag - Informationen, die man aus keiner Schriftquelle erhält. Die Grabung war die bisher wichtigste, um Erkenntnisse über die Anfänge Kassels zu gewinnen.

Welche Bedeutung besitzen die Ergebnisse für die Stadtgeschichte?

Es war eine große Überraschung, dass die Siedlung an dieser Stelle bis vielleicht sogar in das 5./6. Jahrhundert zurückreicht. Es gab zwar schon andere Anzeichen dafür, dass Kassel wesentlich älter sein musste als die Ersterwähnung 913, aber die Beweise fehlten.

Welchen Denkmalwert hat das Karlsruhospital?

Es ist das letzte typische Beispiel für die Kasseler Barockarchitektur: klar gegliederte Fassaden, Mansarddach. Die jetzige Planung berücksichtigt weder die Proportionen des Gebäudes noch die axiale Fassadengliederung. Der barocke Charakter ist vollständig verändert.

Hat das Karlsruhospital Bedeutung für die Aufenthaltsqualität der „Stadt am Fluss“?

Die einmalige Lage wird im gegenwärtigen Konzept nicht genutzt: Die weite Sicht über den Fluss aber, die sich etwa für ein Restaurant oder Café im Mansardgeschoss geradezu anbieten würde, bleibt Wohnungen vorbehalten.

Die Fragen stellten Roswitha Rüschenhoff und Klaus Ostermann. Das gesamte Interview finden Sie unter www.gruene-kassel.de.

Ein Leitbild für die Innenstadt



Die ursprünglich vom damaligen Stadtbaurat Bernd Streitberger entwickelte Vorlage für ein Innenstadt-Leitbild stammt aus dem Jahr 2000. Nun wird wieder intensiv darüber diskutiert, wie wir die Innenstadt attraktiver gestalten können. Nachdem eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe eine Vorlage aus dem Planungsamt überarbeitet hat, bleiben dabei noch einige Dissenspunkte.

Wir GRÜNEN treten zum Beispiel dafür ein, dass oberirdische Parkplätze abgebaut werden, damit neue Plätze für die Stadt entstehen können. Zudem engagieren wir uns dafür, dass die Kurt-Schumacher-Straße verschmälert wird, damit der Entenanger und der Pferdemarkt enger zusammenrücken können.

Dieter Beig

Leichte Sprache für die Stadt

Was für Rollstuhlfahrer Treppen sind, ist für Menschen mit Lernschwierigkeiten eine komplizierte Behördensprache. Anträge und Informationen von der Stadt Kassel sind meist in „schwerer“ Sprache und klein gedruckt geschrieben. Das können viele Bürgerinnen und Bürger nicht verstehen. Die Grünen in Kassel wollen, dass es wichtige Informationen und Anträge auch in „leichter“ Sprache gibt.

Menschen mit Lernschwierigkeiten sollen auch ohne Unterstützung im Rathaus klarkommen. Sie sollen selbstständig Wohngeld beantragen oder sich ummelden können. Deshalb haben die Grünen einen Antrag für eine leichtere Sprache gestellt und die anderen Parteien haben zugestimmt. Das ist gut so, denn eine vereinfachte Sprache ist für alle Beteiligten eine Erleichterung.

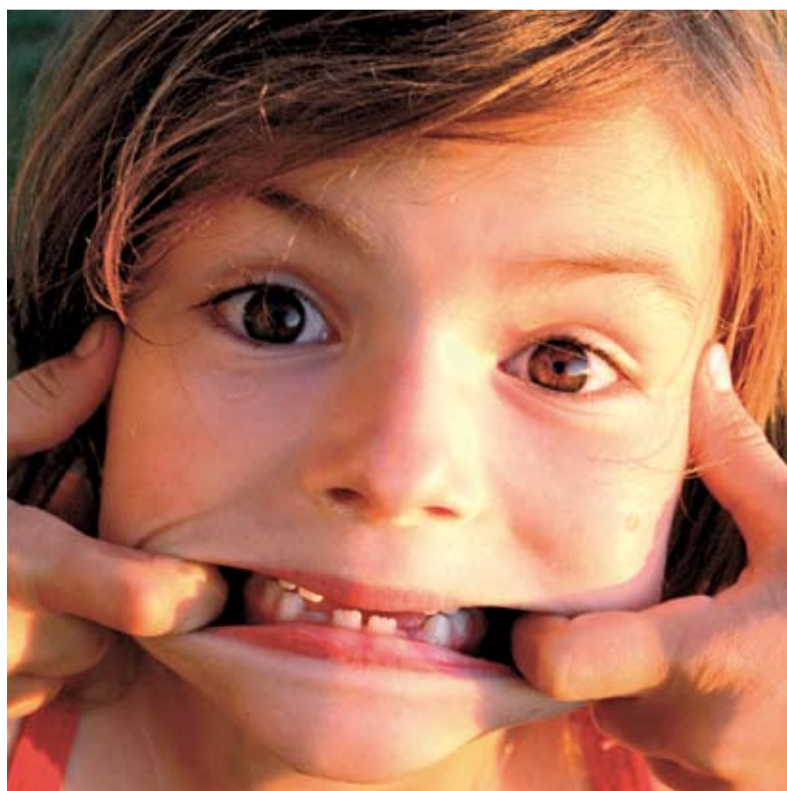
Die GRÜNEN wollen auch, dass es bessere Wegweiser im Rathaus gibt, damit man schneller findet, wo man hin will. Wenn es um Barrierefreiheit geht, arbeiten die Grünen mit den Behindertenverbänden zusammen. Die betroffenen Menschen wissen selbst nämlich am besten, was gemacht werden muss. Deshalb haben wir Grünen den Antrag in einfacher Sprache auch direkt mit Menschen mit Lernschwierigkeiten geschrieben. Nicole Maisch

Die Bildungsdebatte hat in den letzten Jahren viel in Bewegung gesetzt – eine Antwort auf die gestiegene Bedeutung der frühkindlichen Bildung ist der Hessische Bildungs- und Erziehungsplan (BEP) in Hessen. Der BEP gilt als wegweisend für alle Kinder im Alter von 0 bis 10.

Soweit die offizielle Sprachregelung der Landesregierung. Wie, unter welchen Bedingungen, und mit welchem Qualitätsanspruch ist es gelungen, die Ansprüche des BEP umzusetzen? Die Fragen nach der Praxistauglichkeit des BEP sind der eigentliche Gratzmesser für seinen Erfolg. Die Erprobungsphase des BEP endete im Januar 2007. Anlass genug, vor Ort zu recherchieren, unter welchen Rahmenbedingungen der BEP realisiert werden konnte, bzw. festzustellen, welche Unterstützungen erforderlich sind.

In Kassel haben wir GRÜNEN die Haushaltsverhandlungen zum Anlass genommen, den Personalschlüssel für alle Kindertagesstätten, die nach dem BEP arbeiten, zu erhöhen und weitere Betreuungsplätze für Unterdreijährige geschaffen. Im Rahmen des Modellprojektes BEP sind zahlreiche Beispiele von KollegInnen aus der Praxis entwickelt und realisiert worden. Viele der Beteiligten weisen, bei allem Erfolg und Engagement, darauf hin, dass die vorhandenen personellen und zeitlichen Rahmenbedingungen nicht ausreichen, um „Bildung von Anfang an“ vermitteln zu können.

Bildung von Anfang an Der Hessische Bildungs- und Erziehungsplan erfordert Konsequenzen



Fort- und Weiterbildungsangebote, die Reduzierung von Gruppengrößen, personelle Ausstattungen, um die Arbeitsleistungen und -belastungen bei den neuen Arbeitsfeldern, die der BEP vorsieht, realisieren zu können, Rahmenbedingungen für die Einbindung in sozialräumliche Strukturen – all dies sind Aufgaben, die wir von der grünen Rathausfraktion im Rahmen unserer parlamentarischen Arbeit weiter verfolgen werden. Wir wollen damit die erfolgreiche Arbeit unserer Dezernentin Anne Janz unterstützen und hoffen, in gelingender Arbeitsteilung von Verwaltung und Parlament den BEP voranzubringen.

Hier stehen spannende Fragen und politische Ziele an: z.B. die Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Kompetenzzentren, die enge und auf Augenhöhe zu realisierende Kooperation von Kindertagesstätten und Grundschulen, die weitere Vernetzung von Jugendhilfe und Schule. Entscheidend für das Gelingen des BEP sind die Rahmenbedingungen, die eine

ausreichende Qualität und eine hohe Professionalität sicherstellen, also die finanzielle Ausstattung. Von dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe ist dies nicht allein zu schultern, das Land ist gleichermaßen in der Pflicht. Auf sich allein gestellt können die Kommunen keine Berge versetzen. Im Frühjahr 2008 sind Landtagswahlen: Wir Grünen werden entsprechende politische Konsequenzen für die Absicherung des BEP fordern.

Dr. Martina van den Hövel

Kassel in die Champions-League



„Die deutsche Wirtschaft erlebt ihr grünes Wunder: Geschäfte mit Sonne, Wind und Wasser entwickeln sich zum Exportschlager, die Öko-Szene zur Boom-Branche des 21. Jahrhunderts“.

Dieses Zitat stammt nicht etwa von Renate Künast und steht nicht in der taz; nein: Es handelt sich um die Aussage Burkhard Schwenkers, des Chefs der Roland-Berger-Unternehmensberatung, und war am 8.4.2007 in der Sonntagsausgabe der F.A.Z. zu lesen. Was kümmert uns das in Kassel im documenta-Jahr? Lesen wir weiter: „Eine Million Arbeitnehmer beschäftigt der Bereich Umwelttechnik laut Berger-Studie zur Zeit; die Zahl wird parallel zu den explodierenden Umsätzen steigen“, usw. usw.

In Kassel, liebe Leserinnen und Leser, befindet sich das Silicon Valley für alle diese Technologien der Zukunft. Hier sind an der Universität alle wissenschaftlichen Ressourcen vorhanden, die für die rasante Weiterentwicklung der Kenntnisse und Kompetenzen nötig sind, hier sind mit dem Iset (Institut für Solare Energieversorgungstechnik) und dem ZUB (Zentrum für umweltbewusstes Bauen) die Institute ansässig, die die zukünftigen Anwendungen erproben, hier sind in der Region mit dem DeENet (Kompetenznetzwerk dezentrale Energien) die Firmen vernetzt, die auf der ganzen Kette der Wertschöpfung arbeiten.

Wolfsburg ist VW-Stadt, Untertürkheim und Mercedes sind eins. Das sieht man gleich im Stadtbild. Morgen geht es um Umwelttechnik. Auch aus Kassel. Kassel, die documenta-Stadt, soll Hauptstadt der Zukunftsenergien werden. Auch das muss man im Stadtbild erkennen – dafür machen wir Grünen uns stark. **Helga Weber**

„Dafür bist du noch zu jung!“



Von wegen! Nicole Maisch (Bild rechts) beweist das Gegenteil. Sie engagierte sich in der GRÜNEN Jugend, arbeitete neben ihrem Studium (Politikwissenschaften) als Wahlkreisreferentin, wurde für die GRÜNEN in die Kasseler Stadtverordnetenversammlung gewählt und hat im Februar mit knapp 26 Jahren den Sprung in den Bundestag geschafft. Die 19jährige Abiturientin am Friedrichsgymnasium, Marianna Theis, sprach mit Nicole Maisch über ihren Weg und die neue Funktion.



Dieser Weg war weder einfach noch geplant. Zwar hatte Nicole Maisch sich intensiv für einen guten Listenplatz für den Bundestag in Hessen eingesetzt, dennoch sollte dieser eher als Empfehlung für die nächste Bundestagswahl dienen. Nachdem zwei andere GRÜNE Abgeordnete abgesprungen waren, rückte sie nach und begann als eine der jüngsten Abgeordneten mit ihrer Arbeit im Deutschen Bundestag. „An meinem ersten Tag hat man mich nicht reingelassen“, erzählt Nicole Maisch mit einem Lächeln auf den Lippen. Der Sicherheitsbedienstete hatte sie für eine Praktikantin gehalten. „Mittlerweile kennt man sich und auch die Kollegen treten mir respektvoll gegenüber, denn meine Stimme ist schließlich gleichwertig“, sagt Nicole. Sie fühle sich wohl bei ihrer Arbeit, die sie den Schwerpunkten Gewässerschutz und Tourismus widmet. **Marianna Theis**

lies mich!
schreib mich!

www.kassel-zeitung.de

Entsorgung von ästhetischen Altlasten
Grafische Ausbesserungsarbeiten e-bildwerke.com
Herstellung von visuellen Botschaften

OK

o.k.computer
oliver kasten

Friedrich-Ebert-Str. 124 | (direkt am Bebelplatz) | Tel.: 0561 2888289
Mo-Fr: 10:00-18:30 | Sa: 10:00-14:00

Grundschul Kinder brauchen Hortplätze



Mit Beginn des kommenden Schuljahres sollen alle Eltern, die einen Betreuungsplatz für ihr Kind benötigen, diesen auch bekommen. Dies fordern wir Grünen. Seit Januar ist klar, dass für die zukünftigen Erstklässler sieben Hortgruppen fehlen.

Mit der Einschulung des Kindes wird deutlich, dass sich die Betreuungssituation für die Kinder berufstätiger Eltern erneut verschärft. Das Modell

der betreuten Grundschule, welches ein verbindliches Angebot bis 13.30 Uhr zur Verfügung stellt, deckt nicht für alle den vollen Bedarf. Wichtig ist die Gewissheit für diese Eltern, auch ihr Kind gut „versorgt“ zu wissen. Das heißt, neben dem Ausbau der Kindertagesstättenplätze für unter Dreijährige muss auch der Platzausbau für die Grundschul Kinder gleichberechtigtes Ziel bleiben. **Anja Lipschik**

„Waren das wirklich alles Kommunisten?“



Dynamo Windrad ist Sammelbecken, Labor und Spielwiese in einem. Ein Freizeit-Sportclub alternativer Prägung. Um das zu verstehen, muss man heute schon Geschichtsbücher bemühen. Dort ist von einem „Tunix Kongress“ zu lesen, der im Januar 1978 in Berlin tagte. Ein Kongress, der eine Alternative zum „Modell Deutschland“ diskutierte. Einrichtungen wie die GRÜNEN, die taz und Alternativbetriebe aller Art wurden im Sinne einer Parallelgesellschaft angedacht. Alles im Dunstkreis der 1970er Jahre, mit dem Hauch von APO bis deutscher Herbst, von Emma bis Tommi Stumpf, alles ein bisschen verbissener und radikaler.

Im Zuge der 1980er Jahre wagten dann ein paar Wahnsinnige die Unternehmung „alternativer Sportverein“. Keine autoritären Trainingseinheiten, keine diktatorische Vereinshierarchie. Freizeitsport betont das Miteinander des Spiels und des Sports nach einem Mindestmaß an Regeln. Freizeitsport ignoriert auf zersetzende Weise den Gedanken der Leistung und betont den willkürlichen, den anarchischen Spaß am Leben. Damit verunsichert er jede festgewachsene Hierarchie

und negiert Machtansprüche über sportliches Unterfangen. Wenn heute im Jahr 2007 der ehemalige Kasseler Oberbürgermeister Hans Eichel fast konspirativ fragt, ob das damals „wirklich alles Kommunisten waren“, so ist das als Ausdruck von Anerkennung des Erreichten zu werten. Dynamo Windrad ist Teil dieses bundesweiten Alternativtrends und wird mit den Angeboten mehr und mehr wahrgenommen.

Bewegungs- und Gesundheitsprogramme von Versicherungen, Freizeitsport im Angesicht der „Couchpotatoes“ und „Computer-Nerds“ sowie Kindersport genießen hohes gesellschaftliches Ansehen. Gleichzeitig kürzt die Gesellschaft Mittel in diesem Bereich und der Wandel zum Dienstleister – Sportevents gegen Bezahlung – macht auch vor Dynamo Windrad nicht halt. Wie die nächsten 25 Jahre aussehen, weiß niemand, aber eines ist sicher: Dynamo Windrad hat die letzten 25 Jahre überlebt – was kann da noch passieren? Mit viel Selbstironie wird Dynamo weiter Sport betreiben und Gesellschaft mitgestalten. **Boris Mijatovic von Dynamo Windrad**



... na klar doch oder was mehr: Bei einer Auflage von 25.000 und einer stadtweiten Verteilung lohnt sich eine Anzeige in **xtraGrün**
::: Information und Beratung: 0561 7 397048

Fraktion im Rathaus

Obere Königsstraße 8, Zimmer W120
34117 Kassel

Tel. 0561 787 12 94, Fax: 0561 21 04
E-Mail: info@gruene-fraktion-kassel.de
www.gruene-fraktion-kassel.de

Ihre AnsprechpartnerInnen:

Thomas Flügge und Ulrike Kapusta
Mo. - Do. 8:30 - 14 Uhr, Fr. 8:30 - 12 Uhr
Bürgerberatung: Mi. 9 - 11 Uhr

Mitglieder der Rathausfraktion: Karin Müller, Anja Lipschik, Gernot Rönz, Ottmar Miles-Paul, Wolfgang Friedrich, Helga Weber, Nicole Maisch, Dieter Beig, Roswitha Rüschenhof, Dr. Klaus Ostermann, Dr. Martina van den Hövel

Mitglieder des ehrenamtlichen Magistrats:

Annett Martin und Jürgen Blutte

Mitglied des hauptamtlichen Magistrats:

Anne Janz, Dezernentin für Jugend, Schule, Frauen und Gesundheit

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Fraktion im Rathaus Kassel

Impressum:
V.i.S.d.P.: Kasseler Rathausfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Ottmar Miles-Paul
Redaktion: Gernot Rönz und Ottmar Miles-Paul
Mit vollem Namen gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der VerfasserInnen wieder
Layout: e-BILDWERKE Kassel – www.e-bildwerke.de
Druck: Grafische Werkstätten, Kassel
Auflage: 25.000 Exemplare
Fotonachweis: S.3 u.; S.4 o.l.u. o.r. sind von photocase.de